

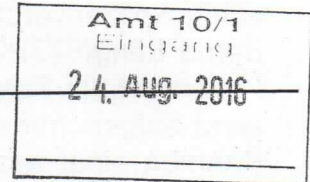
DER LANDRAT

Amt 01 / Persönliche Referenten des Landrates, Servicestelle Wirtschaft
Verfasser/-in: Frau Mühlenhoff

Paderborn, den 23.08.2016

Drucksachenummer (DS-Nr.):
16.0524/1

Verwaltungsvorlage öffentlich



Beratungsfolge:

Gremium	Termin
Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Verkehr	07.09.2016
Kreis- und Finanzausschuss	04.10.2016
Kreistag	04.10.2016

**Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN
betr. Aufforderung an den Kreistag und den Landrat wegen Anschluss an die
Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zu TTIP, CETA und TISA**

Mit Antrag vom 15.05.2016 und DS-Nr.: 16.0524 stellte die Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN den Antrag betr. Aufforderung an den Kreistag und den Landrat wegen Anschluss an die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zu TTIP, CETA und TISA. Dieser Antrag wurde in der Kreistagssitzung am 13.06.2016 mehrheitlich an den Ausschuss für Wirtschaft, Bau und Verkehr verwiesen.

Zu dem Antrag nehme ich wie folgt Stellung:

Bei der von der Kreistagsfraktion genannten Stellungnahme handelt es sich um ein gemeinsames Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände (u.a. Deutscher Landkreistag als Zusammenschluss aller Kreise in Deutschland) und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen. Das Papier zielt hierbei insbesondere auf die aktuell laufenden Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ab.

Grundsätzlich begrüßen die Verbände darin, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA weiter ausgebaut werden soll, zumal damit die wirtschaftliche Stärke Deutschlands für die Zukunft weiter gesichert werde. Sie verdeutlichen in dem Positionspapier aber auch, dass TTIP sowie weitere Freihandelsabkommen erhebliche Risiken für die Daseinsvorsorge bergen. Daher fordern die Verbände, insbesondere die nicht-liberalisierten Bereiche der Daseinsvorsorge aus dem Abkommen auszunehmen. Auch die im Rahmen der Reform des öffentlichen

Auftragswesens und der Konzessionsrichtlinie auf europäischer Ebene erreichten Regelungen im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und dem Rettungsdienst dürften durch Freihandelsabkommen nicht unterlaufen werden. Darüber hinaus wird die Einbindung kommunaler Vertreter in die bei der EU-Kommission bestehenden Beratergruppen gefordert.

Zur Steigerung der Transparenz wurde zwischenzeitlich ein Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) für TTIP unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände eingerichtet. Des Weiteren hat der deutsche Berichterstatter Bernd Lange (SPD) in seinen Berichtsentwurf vom Juni 2015 für das Europäische Parlament die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände und des VKU umfassend aufgenommen. Das EU-Parlament hat daran anschließend am 08.07.2015 im Rahmen einer rechtlich nicht bindenden Entschließung mit breiter Mehrheit für die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den Vereinigten Staaten (TTIP) gestimmt. Ein erster Anlauf für eine Plenarabstimmung war an den sehr umstrittenen ad-hoc Investor-Staats-Schiedsgerichten gescheitert. Die Parlamentarier kommen nun mit einer Kompromissempfehlung für ein neues, an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiertes Verfahren zur Streitbeilegung zwischen Investoren und Staaten sowie Empfehlungen im Bereich der Daseinsvorsorge, des öffentlichen Auftragswesens, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nach.

Über die Entwicklungen und Verhandlungsrunden wird der Kreis Paderborn durch den Landkreistag NRW sowie deren Dachorganisation, dem Deutschen Landkreistag, laufend informiert. Eine aktive Einbringung der kommunalen Interessen erfolgt ohnehin über den Deutschen Landkreistag sowie den Deutschen Städte- und Gemeindebund im Beirat für TTIP beim BMWi. Eine gesonderte Beschlussfassung zum Positionspapier ist damit entbehrlich.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

n.v. 